Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mk., durch die Post 22.50 Mk. ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 11 3 u. 7411, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4009.

Nr. 552. Halle, Donnerstag, den 25. November 1920. Einzelpreis 30 Pfg.

„Macht euern Kram alleene".

Friedrich August von Sachsen hat bekanntlich mit vorstehenden Worten in den kritischen Tagen des November 1918 seine Abdankung ausgesprochen. Man erinnert sich unwillkürlich dieser Redewendung, wenn man beobachtet, mit welcher Unvernunft und Unverfrorenheit Parteien und Politiker jede Möglichkeit des Volksvertrauens in den ehrlichen Willen einer wie auch gearteten Regierung zum Wiederaufbau zu untergraben verstehen. Die Geschichte wird einst, wenn die gegenwärtige Generation das Hassen verlernt hat oder wenn zukünftige Generationen mit größerer Objektivität über die Ereignisse der Jetztzeit zu urteilen vermögen, mit ehernem Griffel in ihren Annalen verzeichnet haben, was die heute vielgeschmähte Demokratie für das Vaterland geleistet hat. Zurzeit aber wird die Situation von politischen Amokläufern beherrscht, die nur vom Zerstörungstrieb zum Handeln gezwungen werden. Diese Amokläufer sitzen auf der äußersten Linken, wie auf der äußersten Rechten und quittieren über jeden Mißerfolg der Mittelparteien, aus denen sich die Regierung rekrutiert, mit einem diabolischen Triumphgeschrei, das auch dem nüchtern denkenden Deutschen das Grauen vor der Zukunft über den Rücken jagen müßte. Unter solchen Umständen ist es wirklich nicht verwunderlich, wenn sich die besten Kräfte von dem undankbaren Geschäft des Regierens fernhalten und nicht mehr bereit sind, für die Allgemeinheit ihre Haut zu Markte zu tragen. Seit langem schon wird ja über die politische Indifferenz der Mehrheit unseres Volkes geklagt. Ganz erschreckend hat sich diese Indifferenz wieder in den sächsischen Wahlen offenbart. Die Regierungsparteien, von der Volkspartei bis zu den Unabhängigen, haben im Wahlkampf Verluste in überraschend großem Umfange erlitten, nur die Parteien, die keine Regierungsverantwortung zu tragen hatten, haben an Stimmenzahl gewonnen. Das sind die Nationalisten und die Kommunisten, die es in ihrer Propaganda ganz systematisch darauf angelegt hatten, die Regierungsparteien zu diskreditieren. Mit unsäglichen Mühen trugen die Regierungsparteien Stein um Stein herbei, um den Neubau vorzunehmen. Die Opposition von rechts wie links kannte kein anderes Bemühen, als die Aufbauarbeit zu stören, weil ihr nicht das Allgemeininteresse, sondern nur das Interesse der eigenen Partei am Herzen lag. Wer nicht ganz blind ist, müßte das erkennen. So sollte man meinen. Dem ist aber nicht so, sondern ebenso kurzsichtige, wie unverständige, durch die Not der Zeit verärgerte Wählermassen leisten dieser Zerstörungsarbeit Vorschub.

Schon zeigen sich auch in den Kreisen, die im Interesse des Vaterlandes trotz aller Widrigkeiten den Mut zum Wiederaufbau bisher nicht verloren, Entmutigungssymptome. In der Frage der sächsischen Regierungsbildung ergaben sich neue Schwierigkeiten. Der Kreisausschuß der Deutschdemokratischen Partei im Wahlkreis Chemnitz-Plauen hat folgende Entschließung angenommen:

„Weitere Schichten des sächsischen Volkes haben für die Aufgaben und das Wirken der Deutschdemokratischen Partei als einer Partei des sozialen Ausgleichs und der Ueberbrückung der Klassengegensätze kein Verständnis gezeigt. Die Wahlen haben gegen die Deutschdemokratische Partei und ihre für das Vaterland geleistete Arbeit entschieden. Der Kreisausschuß der Deutschdemokratischen Partei im dritten Wahlkreis hält es deshalb für geboten, daß sich die Deutschdemokratische Partei an der Bildung der neuen Regierung nicht beteiligt. Sie soll aber jede Regierung, die sich auf dem Boden der Verfassung stellt und für Ruhe, Sicherheit und Ordnung im Lande sorgt, loyal durch praktische Arbeit unterstützen. In erster Linie sollte die demokratische Fraktion des neuen Landtages dafür eintreten, daß die bisher nur schärfste, den tatsächlichen Verhältnissen nicht gerecht werdende Kritik geübt haben, die Regierungsbildung übernehmen und das für sich in Anspruch genommene bessere Können durch die Tat beweisen."

Diese Entschließung wurde an die Landesparteileitung und an die neue Landtagsfraktion weitergegeben.

Es will uns scheinen, als ob unsere Parteigenossen in Chemnitz-Plauen durchaus recht haben. Wer nun aber glaubt, daß die äußerste Rechte nun auch die letzten Konsequenzen ihrer Zerstörungsarbeit durch Uebernahme der Regierungsverantwortung zu ziehen gewillt ist, befindet sich im Irrtum. So weit reicht der Mut der Herrschaften doch nicht. Nichts ist charakteristischer als eine Bemerkung der „Deutschen Tageszeitung" zu dieser Erklärung. Das agrarische Blatt schreibt, daß es „ein ziemlich starkes Stück" sei, den Deutschnationalen zuzumuten, die Verantwortung zu übernehmen, nachdem die Demokraten die Karre verfahren hätten. Der Standpunkt ist bequem, aber über die Maßen töricht. Es ist längst eine geschichtliche Tatsache, daß — um mit in bestimmten Kreisen besonders beliebten Schlagworten zu reden — die Karre in den Dreck gefahren worden ist von Führern des alten Regimes, die die wahre Lage des deutschen Volkes nicht erkannt haben. Sie wieder aus dem Sumpf herauszuhelfen, haben sich wahrlich die Deutschnationalen ebensowenig bemüht, wie die Spartakisten. Wohl sprechen sie viel davon, daß sie es tun wollten, aber in Wirklichkeit standen sie nur abseits und kritisierten, opponierten und verleumdeten, warfen mit Steinen und Schmutz nach denen, die entschlossen in den Sumpf hineingestiegen waren und in die Speichen des Staatswagens gegriffen hatten, um im Schweiße ihres Angesichts zu arbeiten und nur zu arbeiten. Hätten sich diese Arbeiter die Hände frei gemacht, um sie gegen die Unvernunft zu gebrauchen, die johlend und schreiend am Ufer stand, dann wäre notwendigerweise der Staatskarren hilflos im Sumpfe untergegangen. So aber mußten sie sich nach wie vor an den Staatskarren stemmen, durften nicht wankelmütig werden, wenn ihnen auch der Schlamm bis fast an die Brust ging.

Unter solchen Umständen hatte es sich die Demokratie schon nach den letzten Reichstagswahlen lange überlegt, ehe sie sich wieder an einer Regierung beteiligte. Im vaterländischen Interesse hat sie Selbstüberwindung geübt und ist wieder an die Speichen des Staatskarrens getreten. Und wieder ist sie durch die extremen Parteien enttäuscht worden, die nach wie vor das vaterländische Interesse mit Füßen treten und ihren Parteigaul reiten. Wieder ist die Demokratie der Zielpunkt der gehässigsten Angriffe und der unverständigsten Vorwürfe. Wenn so auf dem ehrlichsten Wollen herumgetrampelt wird, dann muß allerdings mit tödlicher Gewißheit der Augenblick kommen, wo auch der opferbereitseste Patriot entsagungsvoll seufzend oder ob der inneren Vermorschtheit des Volkes zähneknirschend sagt: „Macht euern Kram alleene." Es gibt ein Wort, das lautet: Mit Blindheit schlägt der Herr die, die er verderben will. Geht das deutsche Volk wirklich seinem Untergange entgegen? Kann oder will es nicht sehen, wohin seine Blindheit, seine politische Indifferenz führen muß?

Soviel Klarheit sollte doch jetzt schon im deutschen Volke vorhanden sein, daß es politisch nur drei Möglichkeiten gibt. Und diese drei Möglichkeiten spiegeln sich wieder in drei Gruppen. Die eine ist der Gedanke zur Rückkehr zur alten Staatsform; sie verkörpert sich in der Deutschnationalen Partei. Die zweite Gruppe ist die Zusammenfassung aller Elemente, die sich ehrlich und treu auf den Boden der Weimarer Verfassung stellt und auf Grund dieser Verfassung endlich an den Aufbau herangehen will. Hier ist der demokratische Gedanke ausschlaggebend und die Demokratische Partei der natürliche Eckpfeiler, der die Gruppe trägt. Die dritte Gruppe huldigt der Klassendiktatur von links, sie bringt uns den Terror, den politischen Fanatismus und den wirtschaftlichen Ruin.

Die Ideen der ersten Gruppen haben — vielleicht durch unfähige Führer — im Weltkriege Schiffbruch gelitten. Nur wer Vogelstraußpolitik treibt, kann das heute noch leugnen. Was die dritte Gruppe will, ist Wahnsinn, denn es gründet sich auf Unmöglichkeiten. Für ein freies Volk bleibt also nur ein Mittelweg, den es ohne Diktatur einer kleinen führenden Schicht, unter Zusammenfassung seiner gesamten Kraft aus eigener Kraft und mit dem festen Willen zur Macht des Mehrheitswillens gehen muß. Und das ist der Weg der Demokratie, die, von dem edlen Willen zum Guten getragen, die besten und Tüchtigsten in die führenden Stellen bringen soll, deren Arbeit einer ständigen Kontrolle durch die Mehrheit unterworfen ist.

Wenn die Wählermassen die extremen Richtungen stützen, so kann das niemals zu einer Befriedung des deutschen Vaterlandes führen. Darüber sollte sich jeder denkende Deutsche klar sein. Aber trotzdem halten es die Rechtsparteien nach wie vor für richtig, auf der Demokratie herumzutrampeln. So ist es nicht ausgeschlossen, daß die Unübelegtheit der sächsischen Wähler nur zur Bildung einer rein sozialistischen Regierung unter kommunister Kontrolle führt. So wie auch in Braunschweig der Dolchstoß der Reaktionäre gegen die positive demokratische Tätigkeit lediglich eine reinsozialistische Regierung hat entstehen lassen. Bei der Unreife weiter Wählerkreise scheint es wirklich erst notwendig zu werden, die Demagogen vom Schlage Mulle und Helfferich noch einmal praktisch abwirtschaften zu lassen. ⊙

Gegen die drohende Brotnot.

Die diesjährige Ablieferung von Brotgetreide bleibt nach einer Mitteilung des Reichsernährungsministers selbst bei Berücksichtigung des Rückgangs der Ernteerträgnisse unverhältnismäßig hinter den entsprechenden Zahlen des Vorjahres zurück. Auf die Dauer läßt sich die Bereitstellung der erforderlichen Getreidemengen an Auslandsgetreide ohne eine weitere Erschütterung des gesamten deutschen Wirtschaftslebens nicht durchführen, da hierfür viele Milliarden an Auslandskrediten benötigt werden und weiterhin diese Millionen zur Verbilligung des Auslandsbrotgetreides vom Reiche zur Verfügung gestellt werden müssen. Eine Besserung in diesen unerfreulichen Zuständen kann nur eintreten, wenn bei den landwirtschaftlichen Erzeugern und ihren Arbeitern durch eine Aufklärung auf dem Lande, die bis in die letzten Kanäle geht, darüber Klarheit geschaffen wird, daß ohne eine restlose Ablieferung der inländischen Getreideerzeugung schwere Erschütterungen des deutschen Wirtschaftslebens, die in ihren Rückwirkungen nicht vor der Landwirtschaft halt machen würden, eintreten müssen. Wie wir hören, will der Reichsernährungsminister am Montag, den 29. November, in einer Besprechung mit Vertretern der amtlichen Organisation der Landwirtschaft, der führenden landwirtschaftlichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen sowie mit Mitgliedern des Reichstags und des Reichsrats die Maßnahmen erörtern, die zur Beschwörung der drohenden Brotnot unerläßlich sind.

Das Autonomiegesetz für Oberschlesien.

Der 21. Ausschuß des Reichstages zur Beratung des Autonomiegesetzes für Oberschlesien hielt am Mittwoch in Anwesenheit des Reichskanzlers eine Sitzung ab. Die Verhandlungen wurden, um eine durchaus freie Aussprache innerhalb des Ausschusses zu ermöglichen, vertraulich geführt. Sicher ist, daß die Aussprache über das Gesetz die große Mehrheit des Ausschusses für das Plenum binden wird. Eine Aussprache im Plenum über die im Zusammenhang damit stehenden deutschen Fragen soll möglichst auf einen späteren Termin verlegt werden. Die Parteien werden zu dem vorgelegten Gesetz lediglich durch Erklärungen Stellung nehmen.

Die Düngemittelfrage.

Der Unterausschuß des Reichswirtschaftsrats für Landwirtschaft und Ernährung hatte in seiner Tagung am Dienstag eine Reihe von Sachverständigen aus der Phosphatindustrie geladen, um die Frage der künstlichen Düngemittel zu klären. Sie kamen in völliger Uebereinstimmung mit den Vertretern der Landwirtschaft zu dem Schluß, daß eine große Not an Düngemitteln bestehe und eine Einfuhr von Rohphosphaten dringend notwendig sei, wenn wir nicht einer Hungersnot entgegengehen sollen. Der Landwirtschaft könne aber, wie ihre Sachverständigen betonten, die Zahlung der hohen Düngermittelpreise bei niedrigen Brotpreisen unmöglich zugemutet werden. Da andernfalls die Brotpreise zu erhöhen nicht wünschenswert erscheine, sei also eine Ermäßigung der Düngemittelpreise allein angängig. Ueber die Mittel und Wege, um das zu erreichen, soll in der nächsten Sitzung beschlossen werden.

Gegen den § 33 des Reichswehrgesetzes.

Die Offiziersvereinigung der Deutschen Republik wendet sich mit folgender Kundgebung an die Oeffentlichkeit:

Ein neues Reichswehrgesetz steht vor der Tür. Der § 33 seines Entwurfes nimmt den Angehörigen der Reichswehr sowohl das aktive wie das passive Wahlrecht zum Reichstag, Landtag und den Gemeindevertretungen auch das Abstimmungsrecht bei Volksentscheidungen. Er verbietet den Wehrmännern die Zugehörigkeit zu politischen Vereinen und die Teilnahme an deren Verhandlungen. Schwebt es sich um einen nicht politischen Verein oder um eine solche Versammlung handelt, macht er die Teilnahme von der Genehmigung der Vorgesetzten abhängig. Wir halten dieses Ausnahmegesetz für verfehlt und schädlich. Wir fürchten, daß es der Geheimbündelei Tür und Tor öffnet und dem Reichswehrmann zum Fremdkörper im Volke macht. Eine Entpolitisierung im Sinn des § 33 erscheint uns heutigen Tags völlig undurchführbar. Das Kennzeichen unserer Zeit ist die Ueberfülle von tiefgründigen Problemen, die an das Geschick jedes einzelnen rühren und die fast alle eine politische Seite haben. Wie soll es da möglich sein, deutsche Männer, die Hirn und Herz haben, zu völliger Teilnahmslosigkeit gegenüber den gewaltigen Lebensfragen ihrer Nation zu zwingen? Nur an ganzen Männern kann der Reichswehr etwas gelegen sein, nicht an nichtswissenden Kindern und stumpfsinnigen Automaten, die der Gefahr des politischen Mißbrauchs am stärksten ausgesetzt sind. Wir Offiziere wissen genau, wie gerade in unserer Zeit eine Schutzmacht ganz unerläßlich ist, auf die sich die verfassungsmäßige Regierung ganz unbedingt verlassen kann. Aber wir wollen die bedingungslose Ergebenheit der Truppen nicht auf dem Wege politischer Beraubung und Entrechtung angestrebt sehen, sondern auf dem Wege der Auswahl geeigneter Männer und der Aufklärung der Köpfe über die Notwendigkeit einer starken Regierungsmacht sowie der objektiven Aufklärung über das Wesen unserer neuen Staatsform und über die Wirtschaftsfragen unserer Zeit. Beschreitet man diesen geistigen Weg, an Stelle der gewaltsamen politischen Entrechtung, kann wird man die Reichswehr immunisieren gegen die Giftstoffe radikal-politischer Wirrköpfe, die unserm geplagten Volke schon so unendlich geschadet haben. Dann wird man Männer in der Reichswehr haben, die aus Ueberzeugung gehorsam sind und freudig dem gemeinsamen Wohl dienen. Die Offiziersvereinigung der deutschen Republik wendet sich an alle freiheitlich gesinnten Kreise unseres Volkes, vor allem an die Abgeordneten und die Presse und bittet sie, ihren Einfluß geltend zu machen, damit der Gesetzentwurf in der dargelegten Richtung abgelehnt wird.

Heeresfragen vor dem Hauptausschuß.

Im Hauptausschuß des Reichstages wurde am Mittwoch der Etat des Reichswehrministeriums weiter beraten. Zur Position der Stabsoffiziere lagen zwei Anträge vor. Ein sozialdemokratischer, von den 664 Stabsoffizieren hundert zu streichen und ein Antrag der übrigen Parteien, die Zahl der Stabsoffiziere auf insgesamt 600 zu ermäßigen. Der sozialdemokratische Antrag wird vom Hauptausschuß abgelehnt. Dagegen wird ein Antrag angenommen, der die Zahl der Stabsoffiziere auf 600 festsetzt, also 64 streicht. Nunmehr beantragt der Referent Stücklen (Soz.), bei den 1149 Hauptleuten keinen zu streichen, die Zahl der bisher gestrichenen 69 höheren Offiziere jedoch zu den vom Minister beantragten 2027 Oberleutnants und Leutnants hinzuzufügen, damit der Gesamtbestand von 4000 Offizieren bestehen bleibt. Der Hauptausschuß beschließt, die bisher gestrichenen 69 Offiziersstellen zu den beantragten 2027 Oberleutnants und Leutnants hinzuzufügen. Damit ist die Gliederung des Offizierskorps des neuzubildenden 100 000 Mann-Heeres erledigt. Weiter werden die Besoldungsvorlagen betreffend die Mannschafts-, Unteroffiziers- und Feldwebelgehälter angenommen.

Weiterberatung Donnerstag.

Die Auflösung des Landes-Ökonomie-Kollegiums.

Von unterrichteter Seite wird der „Dena" geschrieben:

Die „Deutsche Tageszeitung" schlägt Lärm, weil der preußische Landwirtschaftsminister Braun im Ausschuß der Landesversammlung erklärt hat, daß er das Landesökonomiekollegium für eine überflüssige Behörde halte, die dem Staat unnützes Geld koste und deren Auflösung er daher beim Staatsministerium wahrscheinlich in Kürze beantragen werde. Landwirtschaftsminister Braun hat sich damit auf einen Standpunkt gestellt, den vor ihm schon mehrere preußische Landwirtschaftsminister und auch das Abgeordnetenhaus selbst eingenommen haben, die alle von der Ueberflüssigkeit des Landesökonomiekollegiums überzeugt gewesen sind und die seine Auflösung lediglich deshalb nicht durchsetzen konnten, weil bei Hofe starke Stimmung für dieses Dekorationsstück der Landwirtschaft vorhanden war. Die „Deutsche Tageszeitung" bezeichnet das Vorgehen Brauns als einen „Schlag" gegen die Landwirtschaft. In Wirklichkeit werden landwirtschaftliche Interessen durch die Auflösung des Kollegiums gar nicht berührt, und wenn es nicht mehr da sein wird, spart der Staat 80 000 Mark jährlich, ohne daß sich im übrigen die geringste Lücke bemerkbar machen wird. Das Kollegium, das gar keine gesetzliche Rechtsgrundlage besitzt, ist 1842 durch königliche Kabinettsorder als landwirtschaftlicher Beirat für das Ministerium des Innern geschaffen worden, das damals die landwirtschaftlichen Angelegenheiten bearbeitete. Nachdem 1848 ein selbständiges Landwirtschaftsministerium errichtet worden ist, erlosch automatisch Sinn und Zweck des Landesökonomiekollegiums. Trotzdem ist es gegen den Widerspruch der sachverständigen Kreise und durch höfische Einflüsse weiter als eine überflüssige Reliquie mitgeschleppt worden. Die gesamte Tätigkeit, die das Landesökonomiekollegium soweit noch ausübte, bestand in einer Art Vermittlerrolle zwischen dem Landwirtschaftsministerium und den Organisationen der Landwirte, eine Tätigkeit, die durch die Schaffung der Landwirtschaftskammern und des Verbandes dieser Institute gleichfalls ausgeschaltet worden ist.

Nebenbei sei noch einmal bemerkt, daß das Kollegium ursprünglich als Beirat für den die Landwirtschaftsangelegenheiten bearbeitenden Minister geschaffen wurde. Ein solcher Beirat hat doch wohl nur Sinn, wenn er einen Mangel an Sachverständigen im Ministerium ergänzt und ferner mit dieser Behörde zusammenarbeitet. Beides trifft hier nicht zu. Das Ministerium kann seinen Bedarf an Sachverständigen aus den Reihen seiner Referenten vollkommen decken. Wie es aber mit dem Zusammenarbeiten bestellt ist, geht daraus hervor, daß der Vorsitzende des Kollegiums, Herr v. Schorlemer-Lieser, in einem durch die Presse gegangenen Briefe erklärt hat, daß man alles aufbieten müsse, um den Landwirtschaftsminister zu stürzen! Man kann nicht gut verlangen, daß ein Landwirtschaftsminister eine sachlich überflüssig gewordene Behörde lediglich weiterbestehen läßt, damit sie dem Staate unnützes Geld kostet und außerdem durch Intrigenspiel noch die Arbeit des Landwirtschaftsministeriums noch erschwert.

Die Not der geistigen Arbeit.

Der vorläufige Reichswirtschaftsrat hat in der Erkenntnis der Not der geistigen Arbeit einen Unterausschuß zur wirtschaftlichen Förderung der geistigen Arbeit gebildet, dessen Aufgabe es sein soll, die Voraussetzungen für eine produktive Eingliederung der geistigen Arbeit ins Wirtschaftsleben zu schaffen. Zum ersten Vorsitzenden wurde Professor Dr. Ernst Jäch vom Deutschen Werkbund gewählt. Die Luxussteuer, das Urheberrecht und die Möglichkeit von Staatsbeihilfen in Form einer produktiven Erwerbslosenfürsorge für geistige Arbeiter werden einen Teil des Programms der nächsten Sitzung bilden, die während der Plenarsitzung vom 10. bis 18. Dez. stattfindet. Ferner wird dann ein Antrag der Aerzte gegen die von den Krankenkassen beabsichtigte Einschränkung ihres Arbeitsgebietes verhandelt werden. Alle Organisationen geistiger Arbeiter, die für diese und weitere Fragen Vorschläge haben, werden aufgefordert, diese als begründete Anträge an den Unterausschuß zur wirtschaftlichen Förderung der geistigen Arbeit im Reichswirtschaftsrat zu richten.

Beschlagnahme und Bauverbot von deutschen Flugzeugen.

Dessau, 25. Nov. Auf Anfrage bei den Junkers-Flugzeugwerken erfahren wir über die Beschlagnahme von Flugzeugen durch die Interalliierte Kontrollkommission, daß es sich um elf Junkers-Verkehrsflugzeuge handelt, die für das Ausland bestimmt und zur Verschiffung nach Hamburg verladen waren. Die Interalliierte Luftfahrtkontrollkommission hat diesen Sondertyp seinerzeit ausdrücklich durch schriftliche Entscheidung als Ziviltyp anerkannt, und die deutsche Regierung hat stets den Standpunkt vertreten, daß die Herstellung und Ausfuhr dieser Zivilflugzeuge nicht unter das Verbot des Friedensvertrages falle. Für die elf Flugzeuge ist daher auch ordnungsgemäß die Ausfuhrerlaubnis des zuständigen Reichskommissars erteilt worden.

Die Note der Interalliierten Luftschiffahrtskontrollkommission über das Bauverbot von deutschen Flugzeugen vom 16. November an den deutschen Außenminister lautet folgendermaßen: „Ich habe die Ehre, Ihnen hiermit Abschrift eines Beschlusses der Botschafterkonferenz vom 8. November 1920 mit Bezug auf das Spa-Protokoll und die Entscheidung von Boulogne zu übersenden, die sich auf das Datum bezieht, an welchem der Bau und die Einfuhr von Flugmaterial in Deutschland beginnen darf.

Die Entscheidung von Boulogne am 22. Juli 1920, welche den Bau und die Einfuhr von Flugmaterial in Deutschland bis zu drei Monaten nach dem Zeitpunkt, an dem Artikel 202 des Friedensvertrages vollkommen ausgeführt ist, verbietet, ist daher noch jetzt in Kraft. Ich bitte die nötige Veranlassung zu treffen, daß alle Beteiligten hiervon Kenntnis erhalten."

Oberschlesiens Schicksalsstunde naht,
nehmt Anteil,
zeichnet Grenzspende!

Die griechische Königsfrage.

Die neue griechische Regierung, die der Rückkehr des Königs Konstantin den Weg nach Athen zu ebnen sucht, spielt als Kleinstaat gegen eine Gruppe gegneri cher Großstaaten ein unsicheres Spiel. Die Chancen sind aber doch nicht so ungleich verteilt, wie es auf den ersten Blick den Anschein haben könnte. Das griechische Volk hat nämlich mit einer solchen Deutlichkeit sein Votum für den vertriebenen König und gegen den Entente-Söldling Venizelos ausgesprochen, daß die neue Regierung auf außerordentlich festem Boden steht. Sie hat deshalb auch nach kurzem Zögern nunmehr die Volksabstimmung über die Rückkehr König Konstantins auf einen nahen Termin (den 5. Dezember) ganz bestimmt festgelegt. Wie diese Volksabstimmung ausfallen wird, ist nach dem Ergebnis der Kammerwahlen kein Zweifel. Der griechischen Regierung wird es voraussichtlich auf diese Weise gelingen, wenigstens in der Bevölkerung des griechischen Volkes eine vollendete Tatsache zu schaffen, ehe die Entente einschreiten kann. Auf dieser Seite ist man nämlich, wie ziemlich in allen internationalen Fragen, längst nicht mehr einig. Frankreich ist der ausgesprochene Feind der neuen griechischen Regierung und ihrer Pläne, wie denn auch Venizelos in Paris Zuflucht gefunden hat. So ist auch die französische Regierung die erste, die öffentlich gegen König Konstantin Partei ergreift. Der französische Ministerpräsident hat in der Kammer den König Konstantin als einen Feind Frankreichs zu ächten versucht. In Rom aber machen sich Stimmen bemerkbar, die vor einem brutalen Vorgehen gegen Griechenland warnen, und England wird sich vermutlich auch nicht im Schlepptau der französischen Politik einherziehen lassen. Wenn die griechische Regierung taktisch handelt, kann sie einen wertvollen Vorsprung gewinnen. Ob ihr Spiel damit gewonnen ist, bleibt allerdings eine andere Frage.

Deutsches Reich.

Wichtige Beschlüsse des parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Der erste Unterausschuß beschloß, seine Arbeiten so weit auszudehnen, daß es möglich ist, ein Bild von der politischen Lage Europas unmittelbar vor dem Attentat von Sarajewo zu gewinnen. Damit ist die Möglichkeit gegeben, die Motive der leitenden deutschen Staatsmänner für ihr Verhalten vor dem Ausbruch des Weltkrieges zu beleuchten und ein anderes Bild zu gewinnen, als es die kritischen Wochen selbst geben. Zunächst wird zu diesem Zwecke der Sachverständige, General Montgelas, auf Grund der Akten über die Heeresstärken berichten. Der dritte Unterausschuß wird sich damit beschäftigen, inwieweit die Militärbehörden den untergeordneten Stellen die von allen Staaten beschlossene Landkriegsordnung bekannt gemacht und erläutert hat. Das ist für die Verantwortlichkeit vieler Offiziere für Verstöße gegen das Völkerrecht von entscheidender Bedeutung.

Das preußische Landwirtschaftskammergesetz gescheitert. Bei der Beratung des preußischen Landwirtschaftskammergesetzentwurfs hat sich ergeben, daß es nicht mehr möglich ist, ihn noch vor den Neuwahlen zu verabschieden. Für die Demokraten war der sozialdemokratische Antrag, der eine gleich starke Vertretung der Betriebsinhaber und der Arbeitnehmer forderte, unannehmbar. Die Rechte hatte sich von vornherein gegen die Verabschiedung gewandt. Nun haben die Demokraten und die Mehrheitssozialdemokraten einen Gesetzentwurf als Initiativantrag eingebracht, wonach das Wahlrecht zu den bestehenden Landwirtschaftskammern neu geregelt wird und diese dann aufgelöst und neu gewählt werden soll. Durch diesen Antrag, der alsbald verabschiedet werden kann, soll erreicht werden, daß der mittlere und kleinere Grundbesitz die ihm gebührende Vertretung in den Landwirtschaftskammern endlich erhält.

Die Pariser Verhandlungen wegen der Ablieferung der Milchkühe sind vertagt worden, bis die deutsche Kommission dem Reichskabinett Vortrag gehal en hat. Die Kommission wollte gestern nach Berlin abreisen.

Der Führer der sächsischen U. S. P. verzichtet . . . Der Buchhändler Richard Lipinski, Reichstagsabgeordneter und Führer der sächsischen U. S. P., hat auf sein Mandat zum sächsischen Landtage verzichtet.

Auslands-Rundschau.

Kämpfe mit den Bolschewisten in Persien. Die „Times" melden aus Teheran, englische Truppen hätten den Feind am 19. Nov. bei Imanizade Hasshim auf der Route Kalpin-Resicht angegriffen. Die Bolschewisten hätten den Rückzug angetreten und etwa 100 Tote zurückgelassen. Die englischen Truppen hätten sechs Mann verloren. An demselben Tage hätten englische Flugzeuge Enseli bombardiert.

Provinzial-Nachrichten.

() **Köthen**, 24. Nov. (Der Mangel an möblierten Zimmern) hat hier eine Anzahl Studierende des Polytechnikums in die benachbarten Dörfer getrieben, wo sie bei Landwirten, Geistlichen und Lehrern Unterkommen gefunden haben und nun jeden Morgen zur Stadt wandern. In einem hiesigen Hotel werden Nachts auch auf einem Korridor Betten aufgestellt, um Unterkunftslosen Schlafgelegenheit zu bieten.

— **Aschersleben**, 24. Nov. (Weihe eines Kriegerdenkmals.) In Gegenwart von Vertretern der städtischen Behörden und von Abordnungen der Kriegervereine fand die Einweihung des Denkmals zu Ehren der gefallenen Krieger statt. Der Schöpfer des Denkmals, Prof sor Mrba-Dresden, übergab es mit einer Ansprache dem Vertreter der Stadt. Das Denkmal ist stimmungsvoll. Auf hohem Sockel liegt ein gefallener Krieger, über den die Kriegsgöttin im Stahlhelm triumphierend hinwegschreitet. Die Sozialdemokraten haben Richtungen beteiligten sich an der Enweihungsfeier nicht. Die Mittel zu dem Wahrzeichen, das ursprünglich als reines Kriegerdenkmal geplant war, waren bereits seit 12 Jahren durch den städtischen Haushalt angesammelt worden.

⊙ **Oldisleben**, 24. Nov. (Nach nur siebenwöchiger Dauer) beendete jetzt die Zuckerfabrik Oldisleben ihre diesjährige Kampagne. Wie flott die Verarbeitung der Rüben von statten gegangen ist, beweist, daß in den Vorjahren zum selben Quantum fast zehn Wochen gebraucht wurden. Der Rübenertrag je Morgen beträgt ¾ mehr als im Vorjahre, auch der Zuckergehalt war ein guter. Die Berichte der anderen Zuckerfabriken lauten auch sehr günstig, sodaß in diesem Jahre von einer Zuckernot wohl nicht die Rede sein kann. Die Anbaufläche betrug im Vorjahre 703 Hektar und ergab 42 000 Zentner, in diesem Jahre 830 Hektar und 71 000 Zentner.

+ **Erfurt**, 25. Nov. (Ein großes Feuer) vernichtete die Dampfmühlenwerke Roland in Vieselbach. Auch große Vorräte von Getreide und Mehl sind verbrannt. Schaden eine Million.

Unterhaltungsbeilage der Saale-Zeitung. Freitag, den 26. November. Inhalt: Der Alp von Zerled. Roman von Kurt Martens. — Die geheimnisvolle Nachttänzerin. Von Paul Dahms. — Bunte Zeitung. — Literatur.

Der gründliche Einbruch.

Von

Richard Rieß.

(Nachdruck verboten.)

Adolf ist ein gründlicher Mensch.

Adolf hat alles Experimentelle aus seinem Leben ausgeschaltet und sich zu einem geordneten Staatsbürgerleben bekannt.

Er hat sein Leben eingeteilt und seine Zeit. In seiner Kasse herrscht Ordnung wie in seiner Gesinnung. Fix und fertig ist sein Testament. Ihm kann das Leben nichts Schlimmes mehr bieten. Er ist gegen alles versichert.

Gegen Unfall und Brand, gegen Einbruch und Beinbruch. Und für den Fall seines Todes erhalte ich zehntausend Mark. (Bleib leben, mein Adolf!)

Pünktlich bezahlt er seine Prämien, pünktlich notiert er auf den Policen die fälligen Summen, pünktlich legt er die Policen wieder in das verschlossene Fach seines Schreibtisches.

Mag Feuer kommen; mag der Ziegel vom Dach fallen; Diebe und Einbrecher, nur her mit ihnen!

Diebe und Einbrecher lassen sich das nicht zweimal sagen. Reise nur erst einmal ins Bad, mein Adolf, und du wirst zufrieden sein.

Adolf packte seinen Koffer, verschloß Schreibtisch, Bücherschrank, Zimmertür, Wäschespind, Nachttischchen, Regulator, Schlafstube, die Vitrine und das Basset, versorgte auch das Haushalt und legte, zur Kontrolle, eine versiegelte Bleibombe an. Dann fuhr er, angetan mit Reisemantel, Reisemütze und Reiseschirm, versorgt mit Reisegeld, Reisepaß und Reisekalender, kurzum: ganz auf Reise dressiert und in Reise dressiert fuhr er schlankweg ab. Und sagte: Auf Wiedersehen.

Der Mensch (Adolf) sagt und Toni Hinterzupf wagt. Toni, der Einbrecher.

Adolf, noch keine fünf Tage unterwegs, findet eines Morgens das Telegramm: „Blombe entzwei."

Findet mittags das zweite Telegramm: „Schloß erbrochen."

Und abends: „Wohnung ausgeraubt."

Der gründliche Adolf schüttelt dreimal das Haupt.

Dann ist er am Ende seiner Ueberlegung und sagt zu sich selbst: „Alles in bester Ordnung. Ich bin versichert."

Er trinkt nun eine Pulle Rotspon und sieht keinen Grund, seine Reise abzubrechen.

Eine Woche später kehrt Adolf heim. Er findet in seiner Wohnung noch einiges vor. Zum Beispiel die Heizkörper der Zentralerwärmung. Aber auch Schränke und sogar den Schreibtisch.

Der gründliche Adolf begibt sich alsbald ans Telephon und läßt sich mit dem Direktor der Einbruchversicherung „Greif" verbinden.

„Ah!" sagt der. „Wieder bei Ihnen eingebrochen?"

„Wie so wieder mal?" meint Adolf. „Eben erst. Vor acht Tagen erst. Ich will das anmelden."

Da bittet der Direktor um Adolfs Besuch.

Adolf kommt und spricht.

Der Direktor hört es und fällt auf den Rücken.

Adolf hört seine Entgegnung, fällt aber, da ihm Uebertreibungen von jeher widerlich gewesen sind, nicht auf den Rücken, sondern . . . sondern er gleitet auf einen der Klubsessel nieder.

Denn er muß erfahren, daß der Einbrecher so gescheit gewesen ist, auch die Einbruchversicherungsprämie mitzustehlen, und daß er die Summe: vierzigtausend schöne Mark, gestern vormittag abgeholt hat. — Denn Toni Hinterzupf hat sich mit den besten Legitimationen (aus Adolfs Schreibtisch) versehen gehabt . . .

Adolf, du siehst es: manche Leute sind noch gründlicher als du . . .

Paul Langenscheidt 60 Jahre alt.

Paul Langenscheidt, der beliebte Berliner Schriftsteller und Verlagsbuchhändler, feiert am 25. d. M. seinen 60. Geburtstag. Aus der bekannten Verlegerfamilie hervorgegangen, studierte er zunächst neuere Sprachen und gründete, verhältnismäßig jung, einen eigenen Verlag. Neben seiner verlegerischen Tätigkeit widmete er sich dichterischen Neigungen und verfaßte in den neunziger Jahren eine Reihe von Dramen, welche vielfach aufgeführt worden sind.

Erst verhältnismäßig spät erkannte Paul Langenscheidt seine eigentliche Stärke: den Roman. Bereits sein erster, „Arme kleine Eva" betitelt, der bald das Jubiläum seiner 100 000. Auflage erleben wird, begründete seinen Ruf als moderner Erzähler. Diesem Roman folgten im Laufe der Jahre es weitere und zuletzt ein lebensphilosophisches Werk, „Diplomatie der Ehe", welches wundervolle Lebenswahrheiten enthält. In allen diesen Werken zeigt sich Paul Langenscheidts Bedeutung. Er zeichnet die Menschen, wie sie sein scharfes Auge sieht, aus Gut und Böse gemischt, ringend mit ihrem Schicksal, und stellt sie so plastisch vor uns hin, daß wir sie zu greifen, sie hundertmal im Leben gesehen zu haben glauben. Er hat den unerschrockenen Mut, das Leben, wie es ist, vor uns aufzurollen, hinabzuleuchten in alle Abgründe menschlichen Jammers und zu tauchen in die Tiefe der Menschenseele mit ihren Leidenschaften, Versuchungen und Irrungen, nicht um das „Kreuziget sie!" zu rufen, sondern um zu bessern, zu heilen und zu versöhnen. Dieser Aufgabe ist seine Arbeit gewidmet, und in diesen Gedanken verkörpern sich der Mann und sein Lebenswerk.

Bei der Rüstigkeit des Jubilars — der den ganzen Feldzug als Rittmeister an der Front mitmachte — sowie seiner erstaunlichen Arbeitskraft besteht die Hoffnung, daß aus die Feder Paul Langenscheidts noch manches gute Werk und damit manche genußreiche Stunde schenken wird.

Ein neuer Privatdozent in Halle.

Der Pfarrer Lic. Dr. Franz Rudolf Merkel in Gustenfelden bei Schwabach-Nürnberg ist als Privatdozent für das Gebiet der historischen Theologie (Spezialfach: Missions- und Religionswissenschaft) an der Universität Halle zugelassen worden. Seine Habilitationsschrift trägt den Titel „G. W. von Leibniz und die China-Mission". Eine Untersuchung über die Anfänge der protestantischen Missionsbewegung. Dr Merkel, der zugleich als Dozent an der Handelshochschule Nürnberg tätig ist, wurde 1881 zu Lamsheim a. L. (Bayern) geboren. Er stud erte in München, Berlin und Erlangen, bestand 1905 die theol. Aufnahmeprüfung und wurde in das protest. Predigerseminar in München einberufen. 1907 wurde Merkel Hilfsgeistlicher in der Christuskirche in München-Neuhausen und 1912 Pfarrer in Gustenfelden. Im gleichen Jahre erwarb er in Straßburg den philos. Doktorgrad mit einer Arbeit „Der Naturphilosoph Gotthilf Heinrich Schubert und die deutsche Romantik". 1914 bis 1916 war Merkel Truppen- und Lazarettgeistlicher an der Westfront. 1918 promovierte er in Göttingen zum Lic. theol.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19201125034/fragment/page=0002